

Pax Christi International an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates

Sehr geehrtes Mitglied des Sicherheitsrates!

Pax Christi International, die internationale katholische Friedensbewegung, bittet Sie eindringlich, sich unverzüglich den drohenden Hausräumungen durch Israel in den Stadtteilen Sheikh Jarrah und Silwan entgegenzustellen. Dringend besorgniserregend ist der drohende Stichtag 2. Mai 2021, an dem mehrere Großfamilien in Sheikh Jarrah aus ihren Häusern entfernt werden sollen. Dieser Termin fällt nicht nur inmitten einer globalen Pandemie, sondern auch mitten in den heiligen Monat Ramadan und auf das Osterfest, das in der christlich-orthodoxen und anderen östlichen Kirchentraditionen gefeiert wird.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, diese Pläne und alle anderen Aktionen der israelischen Regierung, Palästinenser entweder durch Vertreibung oder Abriss von Häusern zum Zweck der Siedler-Expansion zu vertreiben, vehement zu verurteilen. Ost-Jerusalem wird weiterhin als besetztes Gebiet anerkannt, das von Israel nach 1967 illegal annektiert wurde. Die Annexion oder der Erwerb von Land durch Androhung oder Anwendung von Gewalt ist im Völkerrecht strengstens verboten und ist ein Eckpfeiler der Charta der Vereinten Nationen.

Die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates (Nov. 1967) legt ausdrücklich das Prinzip der "Unzulässigkeit des Erwerbs von Gebieten durch Krieg" fest. Dieses Prinzip wurde vom Sicherheitsrat bei sieben Gelegenheiten bekräftigt. Im Jahr 2010 wurde die Definition von Aggression in den Römischen Statuten um die Annexion von Territorien durch Gewaltanwendung erweitert. Die UN-Resolution 478 (Aug. 1980) besagt ausdrücklich, dass "alle legislativen und administrativen Maßnahmen und Handlungen der Besatzungsmacht Israel, die den Charakter und den Status der Heiligen Stadt Jerusalem verändert haben oder zu verändern vorgeben, ... null und nichtig sind und unverzüglich rückgängig gemacht werden müssen." Die Resolution warnt weiter, dass solche Aktionen ein "ernsthaftes Hindernis für die Erreichung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten" darstellen.

Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention⁵ verbietet ausdrücklich den gewaltsamen Transfer von geschützten Bevölkerungsgruppen durch eine Besatzungsmacht.

Dennoch ignoriert Israel weiterhin in eklatanter Weise diese Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts. Die ganze Zeit über erhält es nicht mehr als verbale Zurechtweisungen... einen bloßen Klaps auf die Hand, während Familien zusehen, wie Bulldozer ihre Häuser zerstören oder gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben werden. Die jüngste Entscheidung eines israelischen Gerichts, das zugunsten jüdischer Siedler entschied, reiht sich ein in eine lange Reihe von gezielten Aktionen, um palästinensische Bewohner aus Ost-Jerusalem und dem Westjordanland zu vertreiben, besonders in den Vierteln, die der Altstadt am nächsten liegen.

Prof. Michael Lynk, UN-Sonderberichterstatter für die Situation der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, hat in Zusammenarbeit mit anderen Sonderberichterstattern am 14. April 2021 eine Erklärung abgegeben, in der er vor der zunehmenden Gewalt israelischer Siedler warnt. In der Erklärung wurde speziell auf diese drohenden Vertreibungen hingewiesen: "Ähnlich besorgniserregend sind Berichte, dass über 70 Familien, die im Karm Al-Ja'ouni-Gebiet von Sheikh Jarrah in Ost-Jerusalem leben, von Zwangsräumung bedroht sind, um Platz für neue Siedlungen zu schaffen. Sieben Haushalte haben bereits Räumungsbefehle erhalten und wurden aufgefordert, ihre Häuser bis zum 2. Mai 2021 zu räumen. Solche Zwangsräumungen, die zu Bevölkerungstransfers führen, sind nach internationalem Recht streng verboten."

Diese gemeinsame Erklärung kommt drei Monate nach Prof. Lynks konkreter Aufforderung an Israel, seine Räumungsbefehle rückgängig zu machen. In dieser Erklärung sagte er:
"Diese Zwangsräumungen sind äußerst alarmierend und scheinen Teil eines breiteren Musters zu sein, bei dem palästinensische Familien aus Jerusalem aus ihren Häusern vertrieben werden, um den Weg für weitere illegale israelische Siedlungen freizumachen. Die Zeit wird knapp, um diese Anordnungen rückgängig zu machen."

"Die Räumungsbefehle sind nicht willkürlich, sondern scheinen strategisch auf ein Gebiet in Ostjerusalem konzentriert zu sein, das als Historisches Becken bekannt ist. Sie scheinen darauf abzuzielen, den Weg für die Errichtung weiterer illegaler israelischer Siedlungen in diesem Gebiet freizumachen und Ostjerusalem physisch vom Rest des Westjordanlandes abzutrennen und zu fragmentieren. Wir glauben, dass einer ihrer Zwecke die Schaffung einer jüdischen Mehrheit im besetzten Ostjerusalem ist, um vor Ort demographische Fakten zu schaffen, die die illegale israelische Annexion dieses Teils der Stadt bestätigen würden."

Diese Räumungsbefehle spiegeln eine alarmierende Zunahme von Anträgen und anschließenden Klagen von Siedlerorganisationen (von denen viele von Parteien innerhalb und außerhalb Israels reich dotiert sind) wider, um Rechte auf Land nach dem Gesetz für Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten von 1970 zu beanspruchen. Unter Berufung auf Berichte des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) sagte Herr Lynk, dass 877 Menschen, von denen fast die Hälfte Kinder sind, in unmittelbarer Gefahr sind, als Folge dieser Klagen zwangsgeräumt zu werden. Er warnte: "Die jüngsten Räumungsbefehle würden, wenn sie ausgeführt werden, einen Verstoß der Besatzungsmacht Israel gegen das Verbot des gewaltsamen Transfers der geschützten Bevölkerung nach Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention darstellen."

Er fuhr fort, die internationale Gemeinschaft an ihre Verantwortung unter der Vierten Genfer Konvention zu erinnern, um sicherzustellen, dass Israel seine Verpflichtungen unter internationalem Recht vollständig einhält.

Während der weltweiten COVID-19-Pandemie, die die in Ost-Jerusalem lebenden Palästinenser schwer getroffen hat, ist Israels Entscheidung, mit diesen Vertreibungen fortzufahren, skrupellos und grausam. Dazu zu schweigen, bedeutet, sich mitschuldig zu machen.

Mit freundlichen Grüßen,
Greet Vanaerschot Generalsekretärin
Pax Christi International

Pax Christi International ist eine globale katholische Friedensbewegung, die sich weltweit für Frieden, Achtung der Menschenrechte, Gerechtigkeit und Versöhnung einsetzt. Heute hat die Bewegung 120 Mitgliedsorganisationen, die in mehr als 50 Ländern weltweit aktiv sind. PCI hat seit 1979 einen besonderen beratenden Status beim ECOSOC und ist bei den Vereinten Nationen in NY, Genf und bei der UNESCO aktiv.

Stichworte: Pax Christi, Heiliges Land, Jerusalem, Vertreibungen, UN, UN-Sicherheitsrat, Greet Vanaerschot, Sheikh Jarrah, Silwan, Israel, Palästina, Ost-Jerusalem

ICN, 29.4.2021

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)